

(10.02.2016 – 17.02.2016)

Grüner Pressespiegel

Grüne Wehlheiden

17.02.2016

In diesem Jahr soll ein Entwicklungskonzept für den alten Ortskern Wehlheiden aufgestellt werden. „Wir freuen uns sehr, dass am 18.02.2016 mit einem Vorbereitungstermin die Arbeit an dem Konzept endlich beginnen kann“, betont die Grüne Spitzenkandidatin für den Ortsbeirat Wehlheiden Elena Schörling. „Dieser ergebnisoffene Prozess mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der wichtigsten Akteurinnen und Akteure im Stadtteil sei ein zentrales Anliegen der Grünen Fraktion im Ortsbeirat gewesen“, so die Grüne. „Insbesondere der Stockplatz braucht eine grundsätzliche Neugestaltung, da er in dieser Form für die Bürgerinnen und Bürger kaum nutzbar ist. Eine Kombination unterschiedlicher Nutzungen auf dem Platz ist möglich und wünschenswert. Ziel sollte es sein, aus dem Konzept einen städtebaulichen Wettbewerb zu entwickeln, um die beste Lösung für den alten Ortskern Wehlheiden zu finden“.

Nicole Maisch, MdB

17.02.2016 - Kniefall vor der Bankenlobby bei Krediten für Wohnimmobilien

Zum heutigen Beschluss in den Ausschüssen über die Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik, und Gerhard Schick, Sprecher für Finanzpolitik:

Der heutige Beschluss ist ein Paradebeispiel für die Lobbyhörigkeit dieser Bundesregierung und der Fraktionen von Union und SPD. Zugunsten der Kreditwirtschaft werden wichtige Verbraucherrechte ad acta gelegt.

Es ist ein Unding, dass Banken Verbraucherinnen jetzt falsch belehren können und ihr Widerrufsrecht trotzdem automatisch erlischt. Umso schlimmer, dass die Koalition die Streichung des Widerrufsrechts sogar rückwirkend vorsieht. Damit macht sie der Kreditwirtschaft auf Zuruf ein Geschenk zulasten von Tausenden Verbrauchern, die ihre Häuser oder Wohnungen mit Krediten finanziert haben.

Auch in anderen Bereichen hat es die Bundesregierung einmal mehr versäumt, die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern bei Kreditverträgen zu stärken. Nicht beendet werden die Abzocke bei Dispozinsen oder durch Vorfälligkeitsentschädigungen, wenn Menschen in Notsituationen Kredite vorzeitig kündigen müssen.

Rathausfraktion

16.02.2016 - Grüne: Manege frei für Tierschutz

Die hessische Landesregierung geht in Sachen Tierschutz voran und startet eine Bundesratsinitiative, die das Leid von Wildtieren im Zirkus endlich beenden soll. Die grüne Rathausfraktion begrüßt den erneuten Vorstoß Hessens und fordert weiterhin den Magistrat auf über den Deutschen Städtetag auf die Bundesregierung einzuwirken. „Einzig ein Verbot der Wildtierhaltung, wie es Tierschutzorganisationen, Bundesrat und Bundestierärztekammer seit Jahren fordern, kann die Qual der Tiere in Zirkusunternehmen beenden“, so die tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen Kassel, Christine Hesse.

„Kommunen wurde die Umsetzung eines Verbotes für Wildtiere bisher erschwert. In Kassel wird zwar durch einen Antrag der Grünen geprüft, Gastspiele von Zirkussen mit Wildtieren zu verbieten, sollte die Bundesratsinitiative aber fruchten, wäre das eine bundesweite Erfolgsgeschichte für den Schutz von Wildtieren. Das Staatsziel Tierschutz ist im Grundgesetz verankert und muss endlich auch konsequent vollzogen werden. Bis jetzt sind aber alle Bemühungen für ein Wildtierverbot im Zirkus bei der Bundes-CDU/CSU allerdings auf taube Ohren stoßen.“

Bereits 2003 hatte der Bundesrat auf die Initiative Hessens eine EntschlieÙung zum Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus gefasst, auch 2011 sprach sich eine Mehrheit der Bundesländer für einen entsprechenden Antrag Hamburgs aus. Bis heute ist die Bundesregierung diesem Ersuchen allerdings nicht nachgekommen.

„Diese jahrelange Untätigkeit muss endlich durchbrochen werden.“

Nicole Maisch, MdB

16.02.2016 - Ernährungsbildung: Noch ein Infoblättchen statt echter Handlungsbereitschaft

Zum Start der Bundesinitiative Ernährungsbildung von Ernährungsminister Schmidt, erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik, und Özcan Mutlu, Sprecher für Bildungspolitik:

Kostenlose Unterrichtsmaterialien für Ernährungsbildung in Kitas und Schulen sind nett und produzieren schöne bunte Bilder des Ministers. Die Probleme Fehlernährung und Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen werden so jedoch nicht gelöst.

Statt anzupacken und einen vernünftigen politischen Rahmen zu setzen, schiebt Minister Schmidt die

Verantwortung den Bundesländern, den Schulen, den Lehrerinnen und Lehrern und den Eltern zu. Den Ausbau einer gesunden Gemeinschaftsverpflegung sehen wir als wichtigen Baustein, Fehlernährung zu stoppen und soziale Ungleichheiten aufzufangen. Kinder und Jugendliche, die den ganzen Tag in der Schule verbringen, brauchen qualitativ hochwertiges und attraktives Schulessen.

Das derzeitige Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern verhindert den sinnvollen und notwendigen Ausbau der Ganztagschulen und den damit einhergehenden Ausbau der Schulverpflegung. Wir fordern die Aufhebung des Kooperationsverbots, damit ein neues Ganztagschulprogramm aufgelegt werden kann. Auf dieser neuen verfassungsrechtlichen Basis ließen sich mit den Bundesländern Vereinbarungen treffen, sodass Mittel aus diesem Programm für den notwendigen Auf- und Ausbau der Infrastruktur für Schulernährung genutzt werden können.

Das Wissen um eine gesunde Ernährung gehört zu den Grundkompetenzen, die auch in den öffentlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu vermitteln sind. Die Verankerung von Ernährungsbildung ist eine wichtige Querschnittsaufgabe, die in unterschiedlichen Fächern und auch außerhalb des Fachunterrichts erfüllt werden muss.

Statt seinen Teil zu besserem Schulessen beizutragen, nervt Christian Schmidt zudem Ernährungsexpertinnen und -experten mit der Forderung nach einem eigenen Schulfach Ernährung. Namenhafte Ökotrophologinnen wenden sich in einem Brandbrief an den Minister, mit der Bitte, die Forderung nach einem eigenen Schulfach Ernährung einzustellen, da die Forderung zum „derzeitigen Stand kontraproduktiv und evtl. sogar schädlich“ wäre.

Rathausfraktion

16.02.2016 - CDU schießt über das Ziel hinaus

„Dass die CDU-Fraktion jetzt die Freiheit von Wissenschaft und Lehre beschränken will, verwundert sehr und macht besorgt“, schreibt Helga Weber, Stadtverordnete und stellvertretende Ortsvorsteherin in Harleshausen. In einem Vortrag hatte Professor Kegler von der Uni Kassel ein geplantes studentisches Projekt vorgestellt, das die Wolfhager Straße ins Blickfeld rücken soll. Im Bereich des Ortskerns von Harleshausen werden Student*innen sich mit einem Konzept befassen, das als „shared space“ in einigen europäischen Städten bereits für ein gleichberechtigtes Miteinander von allen Verkehrsteilnehmern sorgt.

„Ob und wie ein solches Konzept in Kassel überhaupt und in Harleshausen speziell umsetzbar wäre, ist dabei noch gar nicht ausgemacht. Die Student*innen werden lediglich einen Entwurf vorlegen, der zu Diskussionen anregen soll. Gerade dieser Diskussionsprozess und

die unterschiedlichen Interessenlagen, die dabei zu Tage treten werden, gehören zum Lernerfolg einer solchen universitären Veranstaltung.“ In Kassel könne man froh sein, dass an unserer Universität nicht im Elfenbeinturm gedacht und geforscht werde, sondern dass die jungen Menschen sich mit realen Problemen auseinander setzen müssten, so die Grüne.

„Klar ist, dass die Harleshäuser Ortsmitte unter zu hoher Verkehrsbelastung leidet und dass hier mit Tempo 50 zu schnell gefahren werden darf. Seit Jahren wird über eine notwendige Veränderung gestritten. Jetzt nicht nur den Vorschlägen der politischen Mitbewerber eine Absage zu erteilen, sondern sogar der Wissenschaft verbieten zu wollen, über Problemlösungen nachzudenken, schlägt dem Fass den Boden aus.“

Nicole Maisch, MdB

15.02.2016 - Geplante Obsoleszenz: Bundesregierung muss Verbraucher und Umwelt besser schützen

Anlässlich der Studie des Umweltbundesamtes zu geplanter Obsoleszenz erklären Peter Meiwald, Sprecher für Umweltpolitik, und Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Frühzeitiger Verschleiß hat fatale Auswirkungen auf die Umwelt, verschwendet wertvolle Ressourcen und stellt ein riesen Ärgernis für die Verbraucherinnen und Verbraucher dar. Doch die Bundesregierung lässt die Verbraucherinnen und Verbraucher bisher im Regen stehen. Auch bei der Novelle des Elektroggesetzes im vergangenen Jahr hat sie es versäumt, gesetzliche Regelungen einzuführen, um geplante Obsoleszenz zu verhindern. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Empfehlungen des Umweltbundesamts (UBA) ernst zu nehmen und jetzt zügig Maßnahmen zu ergreifen, um den Trend zur immer kürzeren Lebensdauer von Geräten endlich zu stoppen.

Hersteller müssen ihre Geräte so gestalten, dass sie möglichst lange halten, reparaturfähig sind und am Ende des Lebenszyklus einfach und möglichst vollständig verwertet werden können. Dafür ist auch eine längere Verfügbarkeit von Ersatzteilen nötig. Außerdem muss es für Verbraucher einfacher erkennbar werden, wie gut und wie langlebig ein Produkt ist. Dafür müssen die Kennzeichnung sowie die Rechte bei der Reklamation defekter Produkte verbessert werden. Hierfür wollen wir das Gewährleistungsrecht anpassen und die Frist verlängern, während der die Beweislast für einen Mangel nicht beim Verbraucher, sondern beim Verkäufer liegt.

Karin Müller, MdL

15.02.2016 - Neuer Schwung für soziale Projekte für Kassel und Landkreis: Förderbescheid Sozialbudget überreicht

Die zuständige Landtagsabgeordnete für Kassel und den Landkreis Kassel, Karin Müller, freut sich über die zusätzlichen Landesmittel für soziale Projekte vor Ort und die damit verbundene Sicherheit für die sozialen Initiativen. „Damit werden unter anderem Frauenhäuser und Schuldnerberatungsstellen endlich ordentlich finanziert“, erklärt Müller. „Insgesamt kann sich Kassel und der Landkreis Kassel über 1.4 Millionen Euro in 2015 freuen. Die Mittel aus dem Sozialbudget bringen den sozialen Initiativen die Sicherheit, die sie brauchen, um ihr Angebot in den nächsten Jahren verlässlich zu gestalten.“

Die von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geführte Landesregierung hat mit allen hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten vereinbart, dass der Schutz von Frauen vor Gewalt, die Beratung von Kindern und Jugendlichen bei sexueller Gewalt und die Schuldnerberatung bis 2019 hessenweit zusätzlich mit insgesamt 5,4 Millionen Euro gefördert wird.

Zukünftig stehen gesamt für Kassel und Landkreis 167.000 Euro für die Schuldnerberatungsstellen zur Verfügung. „Wir wollen verschuldeten Menschen den Weg zurück in die Schuldenfreiheit ermöglichen. Wir wissen, dass dies eines der größten Hemmnisse für Arbeitslose ist, wieder zurück in die Arbeitswelt zukehren. Lohnpfändungen und drohende Kündigung noch in der Probezeit stehen der Arbeitsaufnahme entgegen. Von der Schuldnerberatung profitieren alle Seiten: Menschen, die wieder Arbeit aufnehmen und sich selbstständig versorgen können, helfen auch der öffentlichen Hand, soziale Hilfen mittelfristig zu sparen.“

Für Frauenhäuser und Interventionsstellen für den Schutz vor Gewalt stellt das Land der Stadt Kassel 64.000 Euro und dem Landkreis Kassel über 100.000 Euro zur Verfügung. Dieses zusätzliche Geld bedeutet einen Schub für viele Einrichtungen, die diese Arbeit seit Jahren leisten.

„Die Beratungsstellen für Opfer sexueller Gewalt stellen hessenweit eine Verdreifachung der Mittel dar. Auch wir in Kassel und im Landkreis profitieren davon. Wir bieten damit eine verbesserte Struktur für die Betroffenen an, stellen ihnen Ansprechpartner zur Verfügung und bieten mehr direkte Hilfe an“, so Müller.